

## **D-2 Einigung beim Klimaschutzgesetz: Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung entlassen!**

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 04.05.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Verschiedenes

1 Die LDK beschließt folgenden Antrag zur nächsten BDK einzureichen:  
2

3 Mit der im Bundestag beschlossenen Einigung zum Solarpaket wurden die  
4 Voraussetzungen für  
5 den Ausbau von PV-Anlagen deutlich verbessert. Für Mieter ist es jetzt einfacher  
6 geworden,  
7 den Strom, der auf dem Haus, das sie bewohnen, gewonnen wurde, auch billig zu  
verbrauchen.

Die Ziele für den Ausbau von Agrar-PV wurden erhöht und bekommen zusätzliche  
Förderung. Die  
Installation von Balkon-Solaranlagen wurde vereinfacht. Das ist gut so.

8 Die gleichzeitig gefundene Einigung zum Klimaschutzgesetz hingegen ist eine  
9 Verschlechterung  
10 gegenüber dem Status Quo. In Zukunft besteht nur dann eine Verpflichtung zum  
11 Eingreifen,  
12 wenn die Klimaziele zwei Jahre in Folge gerissen werden. Das ist frühestens 2026  
13 der Fall.

14 **Die aktuelle Bundesregierung ist somit auf Basis dieses Klimaschutzgesetzes ein  
15 für alle mal**

16 **aus der Verantwortung entlassen.** Werden die Klimaziele gerissen, sind einzelne  
17 Sektoren in

18 Zukunft grundsätzlich nicht mehr verbindlich dazu verpflichtet nachzusteuern,  
19 auch wenn sie

als Ursache des Problems identifiziert wurden. All das wurde am gleichen Tag  
verkündet, als

der Verkehrsminister vom Expertenrat für Klimafragen eine erneute massive  
Zielverfehlung

bescheinigt bekommen hat. Der Verkehrssektor ist auch der Grund, warum  
Deutschland die Ziele

der europäischen Lastenteilungsverordnung aller Voraussicht nach nicht einhalten  
wird. Tritt

das ein, werden Zahlungen in Milliardenhöhe an Mitgliedstaaten fällig, die ihre

Klimapolitik  
im Griff haben.

20 In der Diskussion um das Klimaschutzgesetz hat sich die SPD auf passive  
21 Anwesenheit  
22 beschränkt. Eine SPD-Ministerin hatte die Sektorziele in der letzten Koalition  
23 durchgesetzt,  
24 der Bundeskanzler hat aber nichts getan, um diesen Erfolg zu verteidigen. Die FDP  
25 hingegen  
26 hat sich zum Ziel gemacht, dem Kampf um die Beschränkung der Klimakrise aktiv im  
27 Weg zu  
28 stehen, und das nicht zum ersten Mal. Die FDP hat das Solarpaket als Geisel  
29 genommen;  
30 einerseits um sinnvolle Maßnahmen wie den Resilienzbonus aus dem Solarpaket zu  
31 streichen,  
andererseits um sich ihrer Verantwortung für Klimaschutz im Verkehr zu  
entledigen, indem sie  
das Klimaschutzgesetz entkernen. Das Klimaschutzgesetz war zuletzt auf Anlass  
eines  
Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts geändert worden, weil durch mangelnden  
Klimaschutz  
in der Gegenwart die Gefahr von drastischen Freiheitseinschränkungen in der  
Zukunft führt.  
Die FDP tut alles in ihrer Macht stehende, um diese Freiheitsbeschränkungen in  
der Zukunft,  
zu Lasten der kommenden Generationen Realität werden zu lassen.

32 **Der Verkehrssektor muss endlich einen Teil zum Klimaschutz beitragen und als**  
33 **Mitglied der**  
34 **Bundesregierung ist es unsere Pflicht als Grüne das einzufordern.** Zuletzt war die  
35 Bundesregierung, und insbesondere der Verkehrsminister, dazu verurteilt worden,  
36 ein  
37 ausreichendes Sofortprogramm im Verkehr vorzulegen. Durch die Änderung des  
38 Klimaschutzgesetzes wird diesem Urteil nun die Rechtsgrundlage entzogen. Für die  
39 FDP mag das  
40 ein Erfolg sein, für den Klimaschutz ist es ein herber Rückschlag. Das  
41 Umweltbundesamt macht  
42 seit Jahren Vorschläge, wie ein Klimaschutzprogramm im Verkehrssektor, mit dem  
43 die  
44 Klimaziele des Sektors eingehalten werden können, aussehen kann. Aus unserer  
45 Sicht sollte so  
46 ein Programm noch in diesem Jahr ein Tempolimit von mindestens 120 km/h auf  
Autobahnen, den  
Ausbaustopp des Autobahnnetzes, die notwendigen Investitionen in die Erhaltung  
der  
Bahninfrastruktur und das Verbot von Kurzstreckenflügen beinhalten. Auch

Klimaschädliche

Subventionen wie das Dienstwagen- oder Diesel-Privileg könnten in wenigen Monaten abgeschafft werden. Mindestens ein solches Sofortprogramm sollten wir von unserem Koalitionspartner einfordern, anstatt ihn mit einer Änderung des Klimaschutzgesetzes aus der Verantwortung zu entlassen.

47 **Wir Grüne stehen für einen echten, verantwortungsbewussten Klimaschutz. Wir**  
48 **schieben keine**  
49 **Verantwortung vor uns her und wir wollen unsere Bringschuld gegenüber zukünftigen**  
50 **Generationen erfüllen. Das müssen wir nun auch konsequent so in der**  
51 **Bundesregierung**  
**handhaben. Aus diesem Grund drücken wir unsere Solidarität mit allen Grünen**  
**Abgeordneten,**  
**die sich entschieden haben, gegen das Klimaschutzgesetz zu stimmen, aus.**